



CDU Landesparteitag 2023

EINLADUNG UND TAGUNGSUNTERLAGEN FÜR DEN LANDESPARTEITAG 2023

13. Mai 2023 in Wolfenbüttel/Lindenhalle



CDU LANDESV
BAND
BRAUNSCHWEIG

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Unionsfreunde,**



hiermit lade ich Sie herzlich zu unserem Landesparteitag
am Samstag, dem 13. Mai 2023, um 9.30 Uhr in die Lindenhalle nach
Wolfenbüttel, Halberstädter Str. 1a, 38300 Wolfenbüttel ein.

Gastredner sind an diesem Tag Sebastian Lechner MdL, Vorsitzender der
CDU-Landtagsfraktion und Vorsitzender der Union in Niedersachsen sowie sein
Generalsekretär Dr. Marco Mohrmann MdL.

Im Mittelpunkt unserer Beratungen wird die Verabschiedung einer
„Wolfenbütteler Erklärung“ stehen. Wir wollen an diesem Tage die Positionen der
Union im Braunschweiger Land zu wichtigen Zukunftsthemen formulieren und
beschließen.

Auch personelle Veränderungen an der Spitze unseres Verbandes zeichnen sich
ab. Nach 13 Jahren wird die Position des Landesvorsitzenden neu besetzt.
Deshalb würde ich mich über Ihren Besuch sehr freuen sowie auf interessante
Gespräche und spannende Diskussionen mit Ihnen.

Ich hoffe, ich kann Sie in Wolfenbüttel begrüßen!
Bleiben Sie gesund!

Ihr

Frank Oesterhelweg
Landtagsvizepräsident a. D.
Landesvorsitzender

Organisatorische Hinweise

Tagungsort

Lindenhalle Wolfenbüttel
Halberstädter Straße 1 a
38300 Wolfenbüttel

Parkmöglichkeiten neben dem
Veranstaltungsgelände.



Bild: Henning Kramer, Stadt Wolfenbüttel

Anmeldung

Zutritt nur mit vorheriger Anmeldung. Bitte melden Sie ihre Teilnahme bis zum 8. Mai 2023 hier online an:



<https://www.braunschweig.cdu.de>

Eine telefonische Anmeldung nimmt auch Ihre CDU-Kreisgeschäftsstelle entgegen.

Mitfahrgelegenheiten werden bei Bedarf über die Kreisgeschäftsstellen organisiert.

Anträge

Antragsschluss ist der 02. Mai 2023. Alle bis 17.04.2023 eingegangenen Anträge finden Sie im Parteitagshandbuch abgedruckt. Weitere Sachanträge können in Form von Initiativanträgen auf dem Parteitag von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Sie sind unter Angabe des Namens handschriftlich von den Delegierten, die den Antrag unterstützen, zu unterzeichnen. Die Antragskommission wurde vom Landesvorstand eingesetzt und wird ein Votum zu jedem Antrag abgeben.

Elektronische Abstimmungen

Die Abstimmungen und Wahlen auf dem Landesparteitag 2023 werden mit dem gesicherten elektronischen Verfahren von VOXR.COM durchgeführt. Wir bitten Sie dazu, Ihr internetfähiges Handy, Tablet oder Laptop mitzubringen. Sollten Sie ein solches Gerät benötigen, setzen Sie sich bitte mit Ihrer CDU-Kreisgeschäftsstelle sogleich in Verbindung. Mit Ihren Tagungsunterlagen erhalten Sie auf dem Landesparteitag den personalisierten Registrierungs-Code und die W-LAN-Zugangsdaten sowie weitere Verfahrenshinweise.

Kinderbetreuung

Es wird eine Kinderbetreuung angeboten. Sollten Sie Interesse daran haben, bitten wir Sie, sich bis zum 08. Mai 2023 in Ihrer Kreisgeschäftsstelle zu melden.

Tagungsbeitrag und Lunchpaket

Der Tagungsbeitrag für Delegierte, Ersatzdelegierte und Gäste in Höhe von 20,- EUR (enthalten ist ein Imbiss als Lunchpaket) wird am Tagungsbüro bei Aushändigung der Tagungsunterlagen erhoben. Es ist nur Barzahlung möglich.

Fragen zum Landesparteitag

CDU-Landesgeschäftsstelle

Gieselerwall 2

38100 Braunschweig

Telefon: 0531 2444 226

E-Mail: info@cdu-lv-braunschweig.de

Landesgeschäftsführer: Andreas Weber

Tagesordnung

Bis 09:30 Anreise

09:30 Beginn

- TOP 1 Eröffnung des Landesparteitages
Ehrung der Verstorbenen
- TOP 2 Wahl des Tagungspräsidiums
- TOP 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung sowie über die Verfahrens- und Wahlordnung
- TOP 4 Bestätigung der Antragskommission
- TOP 5 Wahl der Mandatsprüfungskommission
- TOP 6 Wahl der Stimmzählkommission
- TOP 7 Geistliches Wort
Dr. Christoph Meyns
Landesbischof Ev.-luth. Landeskirche
in Braunschweig
- TOP 8 Bericht des Landesvorsitzenden
Frank Oesterhelweg
- TOP 9 Bericht des Landesschatzmeisters
Carsten Müller MdB
- TOP 10 Bericht der Rechnungsprüfer
- TOP 11 Bericht über Parteitagsbeschlüsse Christian Striese
- TOP 12 Aussprache zu den Punkten 8-11
- TOP 13 Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes



TOP 14 Rede des Landesvorsitzenden
der CDU in Niedersachsen
Sebastian Lechner MdL



TOP 15 Beratung und Beschlussfassung über Anträge zur Satzung des
CDU Landesverbandes Braunschweig

TOP 16 Beratung und Beschlussfassung über die Wolfenbütteler Erklärung

TOP 17 Wahlen zum Landesvorstand

- a) Landesvorsitzende/r
- b) 4 Stellv. Landesvorsitzende
- c. Landesschatzmeister/-in
- d) Schriftführer/-in
- e) Stellv. Schriftführer/-in
- f) Mitgliederbeauftragte/r
- g) 10 Beisitzer/-innen
- h) ggfs. Digitalbeauftragte/r

Top 18 Rede des Generalsekretärs
der CDU in Niedersachsen
Dr. Marco Mohrmann MdL



TOP 19 Beratung der Sachanträge

TOP 20 Wahlen von Delegierten und Ersatzdelegierten

- a) zum Parteitag der CDU Deutschlands
- b) zum Bundesausschuss der CDU Deutschlands
- c) zum Landesausschuss der CDU in Niedersachsen

TOP 21 Wahl der Rechnungsprüfer/-innen

TOP 22 Schlusswort der/des Landesvorsitzenden
Nationalhymne
Ende: gegen 15.00 Uhr

Nach dem offiziellen Teil besteht
bei einem Umtrunk Gelegenheit
zu persönlichen Gesprächen



Verfahrens- und Wahlordnung für den Landesparteitag 2023

§ 1 (Antragsrechte)

(1) Antragsberechtigt zum Landesparteitag sind:

1. der Landesvorstand des CDU-Landesverbandes Braunschweig,
2. die Vereinigungen auf Landesebene,
3. die Kreisverbände.

(2) Sachanträge in Form von Initiativanträgen können auf dem Parteitag von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Die Anträge sind handschriftlich von den Antragsstellern zu unterzeichnen und beim Tagungsbüro einzureichen. Die Abgabe der Unterschriften muss spätestens zum Antragsschluss erfolgen, der durch das Tagungspräsidium bekanntgegeben wird. Antragsformular liegen im Tagungsbüro aus. Die Antragsfrist für diese Anträge legt der Landesparteitag fest.

(3) Geschäftsordnungsanträge auf dem Landesparteitag können mündlich stellen:

1. jeder stimmberechtigte Delegierte,
2. die Antragskommission
3. der Landesvorstand.

§ 2 (Antragsfrist und Antragsversand)

(1) Anträge sind dem Landesvorstand schriftlich zuzuleiten. Sie müssen spätestens bis zu der vom Landesvorstand beschlossenen Antragsfrist bei der CDU-Landesgeschäftsstelle eingegangen sein.

(2) Fristgemäß eingegangene Anträge sowie Anträge des Landesvorstandes sollen den Delegierten zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages zugesandt werden, müssen in jedem Falle auf dem Landesparteitag als Drucksache vorliegen.

(3) Anträge, die nach der vom Landesvorstand beschlossenen Antragsfrist und bis zum fünften Tage vor Beginn des Landesparteitages bei der CDU-Landesgeschäftsstelle eingegangen sind, müssen dem Landesparteitag als Drucksache vorliegen.

§ 3 (Eröffnung, Wahl des Tagungspräsidiums)

Der Landesparteitag wählt gem. § 23 Nr. 1 der Satzung des CDU-Landesverbandes nach der Eröffnung durch den Landesvorsitzenden auf Vorschlag des Landesvorstandes ein Präsidium, das aus der/dem Präsidentin/-en und mindestens vier Stellvertretern besteht. Im Übrigen bestimmt der Landesparteitag den Umfang und die Zusammensetzung des Tagungspräsidiums selbst. Die Wahl des Tagungspräsidiums erfolgt offen.

§ 4 (Tagesordnung)

(1) Vor Eintritt in die Tagesordnung ist diese vom Landesparteitag zu genehmigen.

(2) Ein Antrag auf Ergänzung oder Verkürzung der Tagesordnung muss vor Eintritt die Tagesordnung gestellt werden.

§ 5 (Mandatsprüfungskommission, Stimmzählkommission, Antragskommission)

(1) Auf Vorschlag des Landesvorstandes bestellt der Landesparteitag eine Mandatsprüfungskommission, die

1. die Meldung der Delegierten und Ersatzdelegierten nach § 23 Nr. 5 und Nr. 6 der Satzung des CDU-Landesverbandes Braunschweig überprüft,
2. aufgrund der Unterlagen des Tagungsbüros die Anwesenheit der Delegierten fortlaufend feststellt, und
3. dem Landesparteitag einen Entscheidungsvorschlag unterbreitet, wenn über die Anfechtung einer Delegiertenwahl vor den Parteigerichten noch nicht abschließend entschieden wurde.

(2) Auf Vorschlag des Landesvorstandes bestellt der Landesparteitag eine Stimmzählkommission, die bei allen elektronischen und schriftlichen, insbesondere geheimen, Abstimmungen und Wahlen die Stimmen aus-zählt und das Ergebnis feststellt.

(3) Der Landesvorstand bestellt eine Antragskommission, die über alle vorliegenden Anträge berät und dem Landesparteitag Empfehlungen für die Behandlung der Anträge gibt. Die Antragskommission ist berechtigt, Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu Anträgen, die dem Landesparteitag vorliegen, zu stellen. Sie kann auch mehrere vorliegende Anträge zum gleichen Gegenstand in einem eigenen Antrag zusammenfassen. Der Landesparteitag kann die vom Landesvorstand bestellte Antragskommission um weitere Mitglieder ergänzen.

§ 6 (Wahl von Kommissionen)

Die Mandatsprüfungskommission, die Stimmzählkommission und die Antragskommission werden offen gewählt.

§ 7 (Feststellung von Mehrheiten bei Wahlen und Abstimmungen, Form und Frist für Kandidatenvorschläge)

(1) Bei allen Wahlen und Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Feststellung der Beschlussfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

(2) Hängt die Ausübung von Antrags- oder Vorschlagsrechten oder die Ermittlung des Ergebnisses von Wahlen und Abstimmungen nach näherer Bestimmung des jeweiligen Satzungsrechts davon ab, dass für die antrags- oder vorschlagsberechtigte Minderheit oder für die bei Wahlen und Abstimmungen erforderliche Mehrheit mindestens ein bestimmter Bruchteil der Zahl der Mitglieder des jeweiligen Parteiorgans oder der Anwesenden oder der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen oder der Zahl der zu besetzenden Plätze erreicht wird, so richtet sich die Ermittlung des dem Bruchteil entsprechenden Quorums oder Ergebnisses nach der Regel, dass immer zur nächsten ganzen Zahl aufzurunden ist.

(3) Zu einer Stichwahl stehen jeweils so viel der nichtgewählten Kandidaten mit den nächstniedrigeren Stimmenzahlen zur Wahl an, wie sie dem Eineinhalbfachen der Zahl, der noch nicht besetzten Positionen entsprechen. Entfallen hierbei auf die letzte Stelle der Reihenfolge nach Stimmenzahlen zwei oder mehrere Kandidaten mit gleichvielen Stimmen, so werden diese Kandidaten alle in die Stichwahl einbezogen.

(4) Erhalten mehr Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen als noch Positionen zu vergeben sind, so sind die Kandidaten mit den höheren Stimmenzahlen in der Reihenfolge nach Stimmenzahlen gewählt. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los der/des Tagungspräsidentin/-en.

§ 8 (Rechte des Tagungspräsidiums)

Der amtierende Präsident fördert die Arbeiten des Landesparteitages und wahrt die Ordnung. Ihm steht das Hausrecht im Sitzungssaal zu. Er eröffnet, leitet und unterbricht und schließt die Sitzung. Das Tagungspräsidium hat beratende Stimme in allen Gremien der Tagung.

§ 9 (Wortmeldungen und Schluss der Beratungen)

(1) Die/Der amtierende Präsident/-in ruft die Punkte der Tagesordnung auf und erteilt das Wort in der Regel in der Reihenfolge der Meldungen. Mitgliedern des Landesvorstandes und der Antragskommission ist das Wort auch außerhalb der Reihenfolge zu erteilen. Ist die Rednerliste erschöpft und meldet sich niemand zu Wort, erklärt der amtierende Präsident die Beratung für geschlossen.

(2) Wortmeldungen sollen schriftlich unter Angabe des Themas erfolgen. Sie dürfen auch mündlich erfolgen. In jedem Falle sind sie in die Rednerliste aufzunehmen.

(3) Der Landesparteitag kann die Beratung abbrechen oder schließen. Der Beschluss erfolgt auf Antrag mit Stimmenmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Delegierten.

§ 10 (Behandlung der Anträge)

Alle Anträge werden, sobald sie vom amtierenden Präsidenten des Landesparteitages zur Beratung aufgerufen sind, zunächst begründet. Dabei können der amtierende Präsident oder die Antragskommission vorschlagen, dass mehrere Anträge gemeinsam behandelt, begründet, beraten und abgestimmt werden.

§ 11 (Rederecht)

(1) Redeberechtigt auf dem Landesparteitag sind alle stimmberechtigten Delegierten, die Mitglieder der Antragskommission und die Mitglieder des CDU-Landesvorstandes. In Ausnahmefällen kann das Präsidium auch Gästen das Wort erteilen.

(2) Sprecher, die sich zur Beratung einzelner Anträge zu Wort melden, haben mit ihrer Wortmeldung bekanntzugeben, ob sie für oder gegen Antrag sprechen.

§ 12 (Bündelung von Wortmeldungen)

Bei Wortmeldungen zu verschiedenen Themen kann der amtierende Präsident die Wortmeldungen entsprechend zusammenfassen, aber nur jeweils in der Reihenfolge der Wortmeldungen.

§ 13 (Begrenzung von Rednerzahl und Redezeit)

(1) Der amtierende Präsident des Landesparteitages kann – soweit der Fortgang der Beratungen dies erfordert – die Aussprache über einzelne Anträge abkürzen, indem er die Zahl der Redner begrenzt. Dabei sollen in der Regel ebenso viele Sprecher für wie gegen einen Antrag zu Wort kommen.

(2) Auch bei einer Begrenzung der Zahl der jeweiligen Redner ist Mitgliedern des Landesvorstandes und dem jeweiligen Sprecher der Antragskommission jederzeit das Wort zu geben.

(3) Die Redezeit kann vom amtierenden Präsidenten bis auf 5 Minuten, bei Stellungnahmen zu Geschäftsordnungsanträgen bis auf 3 Minuten begrenzt werden. Bei einer allgemeinen Begrenzung der Redezeit kann der amtierende Präsident des Landesparteitages für grundsätzliche Ausführungen zu geschlossenen Sachgebieten eine Redezeit bis zum Doppelten der allgemeinen Redezeit zulassen.

§ 14 (Grundlegende Referate und freie Rede)

Grundlegende Referate sollen im Wortlaut vorliegen, im Übrigen sprechen die Redner frei. Sie können hierbei Aufzeichnungen benutzen.

§ 15 (Ausführungen und Abstimmen zur Geschäftsordnung)

(1) Zur Geschäftsordnung erteilt der amtierende Präsident das Wort nach freiem Ermessen. Die Ausführungen zur Geschäftsordnung dürfen die Dauer von 5 Minuten nicht überschreiten.

(2) Zur persönlichen Bemerkung darf der amtierende Präsident erst am Schluss der Beratung das Wort erteilen.

(3) Folgende Anträge zur Geschäftsordnung können gestellt werden:

1. auf Begrenzung der Redezeit,
2. auf Schluss der Debatte,
3. auf Schluss der Rednerliste,
4. auf Übergang zur Tagesordnung,
5. auf Vertagung des Beratungsgegenstandes,
6. auf Verweisung an eine Kommission,
7. auf Schluss der Sitzung.

(4) Über Geschäftsordnungsanträge ist gesondert und vor der weiteren Behandlung der Sache selbst zu beraten und abzustimmen. Es ist nur je ein Redner dafür und dagegen zu hören.

§ 16 (Reihenfolge bei Sachabstimmungen)

Über die Sachanträge ist in folgender Reihenfolge abzustimmen:

1. Weitergehende Anträge, bei deren Annahme die Hauptanträge und alle dazugehörenden Anträge entfallen,
2. Änderungs- und Ergänzungsanträge,
3. Hauptanträge.

§ 17 (Verweisung zur Sache und Ausschluss von Sitzungsteilnehmern)

Die/Der amtierende Präsident/-in kann Redner, die vom Beratungsgegenstand abschweifen, zur Sache verweisen. Er kann Sitzungsteilnehmer, welche die Ordnung verletzen, zur Ordnung rufen, sie notfalls von den weiteren Sitzungen ausschließen.

§ 18 (Entzug des Wortes)

Die/Der amtierende Präsident/-in kann Rednern, die in derselben Rede dreimal zur Sache verwiesen oder zweimal zur Ordnung gerufen wurden, das Wort entziehen. Ist einem Redner das Wort entzogen, so kann er es zum gleichen Beratungsgegenstand nicht wieder erhalten.

§ 19 (Sitzungsunterbrechung)

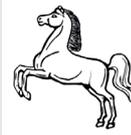
Entsteht störende Unruhe, die den Fortgang der Beratungen in Frage stellt, so kann die/der amtierende Präsident/-in die Sitzung unterbrechen.

§ 20 (Sitzungsniederschrift, Beschlussprotokoll und Beurkundung der Beschlüsse)

Über den Ablauf und die Beschlüsse des Landesparteitages ist ein Protokoll durch den Landesschriftführer zu fertigen.

§ 21 (Inkrafttreten)

Diese Verfahrens- und Wahlordnung tritt in Kraft, sobald der Landesparteitag diese genehmigt hat. Dies erfolgt vor Eintritt in die Tagesordnung. Wenn sich auf Befragen kein Widerspruch erhebt, kann darüber offen durch Hand- oder Kartenzeichen abgestimmt werden.



CDU LANDESVERBAND
BRAUNSCHWEIG

**Bericht des
Landesvorstandes
auf dem
Landesparteitag
am 13.05.2023
in Wolfenbüttel**

Der Landesvorstand



Am 19.06.2021 konstituierte sich der Landesvorstand des CDU-Landesverbandes Braunschweig:

Landesvorsitzender:	Frank Oesterhelweg
Stellv. Vorsitzende:	Ralf Bogisch Veronika Bode MdL Claas Merfort Michael Künzler
Landesschatzmeister:	Carsten Müller MdB
Schriftführer:	Christian Striese
Stellv. Schriftführerin:	Ann-Marie Klaas
Beisitzer/-innen:	Dorothea Dannehl Susanne Herweg Mario Hoffmeister Marco Kelb Andrea Kempe Ronald Matar Christoph Plett MdL Dr. Christoph Ponto Sophie Ramdor Uwe Schäfer
Mitgliederbeauftragter:	Oliver Schatta
Landesgeschäftsführer:	Andreas Weber
Stellv. Geschäftsführerin:	Sarah Grabenhorst-Quidde
Kooptiert:	Prof. Dr. Reza Asghari, Innovationsbeauftragter Dr. Alexander Börger, CDA-Landesvorsitzender BS Holger Bormann, MIT Landesvorsitzender Nds. & CDU Kreisvorsitzender Wolfenbüttel Deniz Demirci, MIT Landesvorsitzender BS Lena Düpont, Europaabgeordnete Volker Meier, CDU-Fraktionsvorsitzender im Regionalverband BS Christoph-Michael Molnar, Kreisvorsitzender CDU KV Wolfsburg Marion Övermöhle-Mühlbach, Landesvorsitzende Frauen Union BS Maximilian Pohler, Landesvorsitzender Junge Union BS

Ergänzende Informationen:

Der Landesvorsitzende **Frank Oesterhelweg** war als Landtagsabgeordneter in der 18. Wahlperiode Vizepräsident des Niedersächsischen Landtags. Als beratendes Mitglied gehört er dem Bundesvorstand der CDU Deutschlands und dem Landesvorstand der CDU in Niedersachsen an.

Auf dem Landesparteitag der CDU in Niedersachsen wurden in den Landesvorstand gewählt:

- **Carsten Müller MdB** als Mitgliederbeauftragter und Mitglied des Präsidiums,
- **Claas Merfort** als Beisitzer,
- **Sophie Ramdor MdL** als Beisitzerin,

Der Europawahlkreis wird durch **Lena Düpont MdEP** vertreten, die Bundestagswahlkreise im CDU LV Braunschweig werden durch **Carsten Müller MdB** (WK 50 Braunschweig) vertreten. Die Landtagswahlkreise werden betreut durch **Veronika Bode MdL** (WK 8 Helmstedt), **Christoph Plett MdL** (WK 4 Peine) und **Sophie Ramdor MdL** (WK 3 Braunschweig-West).

Seit dem 1. Juli 2021 ist **Andreas Weber** Landesgeschäftsführer des CDU-Landesverbandes Braunschweig. Seit 1. Oktober 2021 ist **Philipp Barfels** als Mitarbeiter in der Geschäftsstelle tätig. Zur ehrenamtlichen stellvertretenden Landesgeschäftsführerin bestellte der Landesvorstand am 17.04.2021 **Sarah Grabenhorst-Quidde**. Der CDU-Landesverband Braunschweig treibt den Modernisierungsprozess weiter voran.

Der Landesvorstand bemüht sich intensiv um engere Kontakte zu einigen Bezirks- und Kreisverbänden der CDU in Niedersachsen, um gemeinsame Interessen zu bündeln und Braunschweiger Angelegenheiten durchzusetzen. Der Landesverband Braunschweig und der Bezirksverband Hildesheim arbeiten ebenfalls eng zusammen. In der 18. Wahlperiode schlossen sich die Landtagsabgeordneten beider Verbände, insgesamt sieben, zur HiBS-Gruppe zusammen und organisierten unter anderem gemeinsame Sommertouren.

Sitzungen & Veranstaltungen

19.06.2021	Landesvorstandssitzung (Konstituierung)	Wolfenbüttel
22.11.2021	Landesvorstandssitzung	Braunschweig
15.01.2022	Landesvorstandssitzung	Braunschweig
22.01.2022	34. Parteitag der CDU Deutschlands	digital
03.03.2022	Landesvorstandssitzung	Braunschweig
10.03.2022	CDU-Innovativ: Intelligente Verwaltung im Kontext der Digitalisierung	Webex
19.03.2022	Landesausschuss der CDU in Niedersachsen	Hannover
20.04.2022	Gespräch mit dem Vorstand des Landvolkverbandes Braunschweig	
31.05.2022	Innovationstour in Braunschweig, Wolfenbüttel und Goslar	
02.06.2022	CDU-Innovativ: Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Zeitenwende in der deutschen Außenpolitik	Webex
20.06.2022	Innovationstour in Helmstedt und Braunschweig	
24.06.2022	Innovationstour in Wolfenbüttel und Ilsede	
12.07.2022	Landesvorstandssitzung	Braunschweig
08.07.2022	Landesparteitag der CDU in Niedersachsen	Lingen
09./10.09.2022	35. Parteitag der CDU Deutschlands	Hannover
14.10.2022	Landesvorstandssitzung	Braunschweig
03.11.2022	Landesvorstandssitzung	Braunschweig
04.11.2022	Landesausschuss der CDU in Niedersachsen	Walsrode

29.11.2022	Gründung Arbeitskreis Energie	Braunschweig
30.11.2022	CDU-Innovativ: China – Chancen und Herausforderung	Webex
16.12.2022	Landesvorstandssitzung mit allen Kreisvorständen und Diskussionsabend mit Sebastian Lechner MdL	Vienenburg
21.01.2022	Landesparteitag der CDU in Niedersachsen	Braunschweig
27.01.2022	Klausurtagung des Landesvorstandes	Goslar
08.03.2022	CDU-Innovativ: Nachhaltige Wege aus der Energiekrise	Webex
28.03.2022	CDU-Innovativ: Wasserstoff - Technik-Projekte-Politik	Webex
12.04.2022	Landesvorstandssitzung	Braunschweig

Arbeitskreis Energie

Auf Initiative des Landesvorsitzenden des CDU-Landesverbandes Braunschweig, Frank Oesterhelweg, konstituierte sich am 29. November 2022 der „Arbeitskreis Energie“ (AK Energie) auf Ebene des Landesverbandes.

Der AK versteht sich als beratendes und initiativgebendes Gremium, um verantwortliche CDU-Politiker auf Landes- und Bundesebene in allen Fragen der Energie- und Klimapolitik zu unterstützen und zu beraten. Außerdem versteht sich der AK als Stichwortgeber und Diskutant zu Stellungnahmen in Partei- und Informationsveranstaltungen in allen Fragen der Energie- und Klimapolitik.

Dazu gehören insbesondere

- Stellungnahmen, Vorschläge und ggfls. schriftliche Ausarbeitungen zu CO₂-neutralen Lösungen der Energiewende;
- Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene;
- Unterstützung und Ausarbeitung von Pressemitteilungen des Landesverbandes zu energiepolitischen Fragen;
- Unterstützung und Ausarbeitung von Anträgen des Landesverbandes auf Landesparteitagen zu energiepolitischen Fragen;

Der Arbeitskreis besteht aus den vom Landesvorstand berufenen Mitgliedern. Die Mitglieder wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden. Der Landesvorstand hat Vorschlagsrecht. Der Vorsitzende des AK hat Antragsrecht auf dem Landesparteitag.

Der AK tagt in der Regel einmal im Monat mit Unterstützung des Landesgeschäftsführers. Der Vorsitzende lädt ein.

Dem AK gehören aktuell an:

1. Albrecht Stalman (Vorsitzender)
2. Alexander Börger
3. Carsten Lauenstein
4. Christian Striese
5. Claus Wagner
6. Josef Wichmann
7. Klaus Wiesenthal

Veltheim, den 16.04.2023
Albrecht Stalman



Prof. Dr.-Ing. Albrecht Stalman (links) und Prof. Dr. Reza Asghari leiten die Arbeitskreise im CDU-Landesverband Braunschweig.

Der Arbeitskreis Innovation

Die Digitalisierung hat eine tiefgreifende Veränderung in der Wirtschaft und Gesellschaft bewirkt. Sie kennzeichnet wie einst die industrielle Revolution den Beginn eines neuen Zeitalters.

Die Politik muss auf die veränderten Rahmenbedingungen und komplexe Probleme unserer Zeit geeignete Antworten geben. Eine Politik, die nur reagiert und nicht proaktiv agiert, wird nicht in der Lage sein, ihren Führungsanspruch geltend zu machen.

Der Arbeitskreis Innovation des Landesverbands Braunschweig hat sich das Ziel gesetzt, den Vorstand der CDU in Innovations- und Zukunftsfragen zu beraten und zu den verschiedenen Innovationsthemen Anträge und Konzeptpapiere zu erstellen.

Die relevanten Themen in diesem Zusammenhang sind:

- Innovationskultur und Startup-Förderung
- Ökonomische Effekte aus der Forschungsleistung der Region BS
- Stärkung der Forschungsregion Braunschweig
- E-Government
- Berufs- und Hochschulbildung in der Wissensökonomie
- Einsatz der künstlichen Intelligenz bei den KMUs
- Zukunft der Mobilität



Um die CDU-Gremien künftig noch stärker in Innovationsfragen in unserer Region zu beraten, möchte der Innovationsbeauftragte ein Netzwerk etablieren und lädt zur Mitarbeit in einem Arbeitskreis herzlich ein. Informationen gibt es auf der Internetseite: www.cduinnovativ.de

Braunschweig, den 17.04.2023

Reza Asghari

Mitgliederstand (31.03.2022)

KV Braunschweig	880 Mitglieder, davon 248 weiblich (28,2%)
KV Goslar	717 Mitglieder, davon 198 weiblich (27,6%)
KV Helmstedt	481 Mitglieder, davon 131 weiblich (27,2%)
KV Peine	862 Mitglieder, davon 208 weiblich (24,1%)
KV Salzgitter	385 Mitglieder, davon 122 weiblich (31,7%)
KV Wolfenbüttel	836 Mitglieder, davon 227 weiblich (27,2%)
LV Braunschweig	4.161 Mitglieder, davon 1.134 weiblich (27,3%)

Braunschweig, im April 2023

Frank Oesterhelweg, Landtagsvizepräsident a.D.
Landesvorsitzender CDU-Landesverband Braunschweig

Wahlen zum Landesvorstand



Position	Personalvorschlag	vorgeschlagen durch
Landesvorsitzende/r	Christoph Plett MdL	KV Peine
Stellv. Landesvorsitzende/r	Ralph Bogisch Veronika Bode MdL Sarah Grabenhorst-Quidde Claas Merfort	KV Goslar KV Helmstedt KV Wolfenbüttel KV Braunschweig
Landesschatzmeister/in	Carsten Müller MdB	KV Braunschweig
Schriftführer/in	Christian Striese	KV Salzgitter
Stellv. Schriftführer/in	Ann-Marie Klaas	KV Peine
Mitgliederbeauftragte/r	Oliver Schatta	KV Braunschweig
10 Beisitzer/innen	Holger Bormann Dorothea Dannehl Stefanie Hertrampf Susanne Herweg Mario Hoffmeister Marco Kelb Andrea Kempe Ronald Matar Julius Nießen Dr. Christoph Ponto	KV Wolfenbüttel KV Helmstedt KV Goslar Frauen Union KV Goslar KV Wolfenbüttel KV Salzgitter KV Helmstedt JU LV BS / KV Peine KV Goslar
Digitalbeauftragte/r	Phillip Stolze	KV Salzgitter

Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl des Landesvorstandes

Kandidatur als: **Landesvorsitzender**
Name: **Christoph Plett MdL**
Wohnort: Peine
derzeitiger Beruf: Rechtsanwalt, Fachanwalt für Arbeitsrecht;
Landtagsabgeordneter
Mitglied der CDU seit: 1985
Funktionen in der CDU: Vorsitzender CDU-Kreisverband Peine
Politische Schwerpunkte: Innen- und Rechtspolitik, Wissenschaftspolitik
vorgeschlagen durch: Kreisverband Peine

Kandidatur als: **Stellvertretender Landesvorsitzender**
Name: **Ralph Bogisch**
Wohnort: Goslar
derzeitiger Beruf: Selbständiger Versicherungskaufmann
Mitglied der CDU seit: 2003
Funktionen in der CDU: Stv. Landesvorsitzender, Vorsitzender CDU Kreisverband
Goslar
Politische Schwerpunkte: Wirtschaft und Finanzen, Kultur und Ehrenamt
vorgeschlagen durch: Kreisverband Goslar

Kandidatur als: **Stellvertretende Landesvorsitzende**
Name: **Veronika Bode MdL**
Wohnort: Grasleben
derzeitiger Beruf: Diplom-Verwaltungswirtin (FH), Landtagsabgeordnete
Mitglied der CDU seit: 2015
Funktionen in der CDU: Stellv. Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Vorsitzende
CDU Kreisverband Helmstedt
Politische Schwerpunkte: Kommunalpolitik, Petitionen, Ländliche Räume
vorgeschlagen durch: Kreisverband Helmstedt

Kandidatur als: **Stellvertretender Landesvorsitzende**
Name: **Sarah Grabenhorst-Quidde**
Wohnort: Remlingen-Semmenstedt
derzeitiger Beruf: Kreisgeschäftsführerin
Mitglied der CDU seit: 2014
Funktionen in der CDU: Stellv. Vorsitzende CDU Kreisverband Wolfenbüttel,
Kreisvorsitzende Frauen Union Wolfenbüttel
Politische Schwerpunkte: Bildung, Landwirtschaft, Innere Sicherheit
vorgeschlagen durch: Kreisverband Wolfenbüttel

Kandidatur als: **Stellvertretender Landesvorsitzender**
Name: **Claas Merfort**
Wohnort: Braunschweig
derzeitiger Beruf: Geschäftsführer
Mitglied der CDU seit: 2002
Funktionen in der CDU: Beisitzer CDU in Niedersachsen, Stellvertretender
Landesvorsitzende LV BS
Politische Schwerpunkte: Finanzen, Wirtschaft, Netzpolitik
vorgeschlagen durch: Kreisverband Braunschweig

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:
derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:
Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:
vorgeschlagen durch:

Landesschatzmeister**Carsten Müller MdB**

Braunschweig
Rechtsanwalt, Bankkaufmann, Mitglied des Deutschen
Bundestages

1986
Kreisvorsitzender CDU Braunschweig,
Landesmitgliederbeauftragter der Niedersachsen-CDU
Rechtspolitik, Wirtschaftspolitik, Energiepolitik
Kreisverband Braunschweig

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:
derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:
Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:
vorgeschlagen durch:

Schriftführer**Christian Striese**

Salzgitter - Thiede
Dipl.-Ingenieur, Selbstständig

1991
Schriftführer Landesvorstand Braunschweig
Kommunalpolitik
Kreisverband Salzgitter

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:
derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:
Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:
vorgeschlagen durch:

Stellvertretende Schriftführerin**Ann-Marie Klaas**

Edemissen
Wahlkreismitarbeiterin Büro Veronika Bode MdL & Sophie
Ramdor MdL

2009
stellv. Vorsitzende CDU-Gemeinderatsfraktion Edemissen;
stellv. Vorsitzende CDU-Gemeindeverband Edemissen
Kommunalpolitik, Familien- und Bildungspolitik
Kreisverband Peine

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:
derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:
Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:
vorgeschlagen durch:

Mitgliederbeauftragter**Oliver Schatta**

Braunschweig
Selbständiger Kraftfahrzeugtechnikermeister

2006
Mitgliederbeauftragter im CDU Landesverband
Braunschweig
Wirtschaft und Handwerk
Kreisverband Braunschweig

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:
derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:
Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:
vorgeschlagen durch:

Digitalbeauftragter**Phillip Stolze**

Salzgitter-Bad
Fachreferent Meldewesen

2005
Beisitzer Kreisvorstand Salzgitter, Stellv. Vorsitzender
Ortsverband Salzgitter-Bad
Digitalpolitik, Kommunalfinanzen, Familienpolitik

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:

derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:

Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:

vorgeschlagen durch:

Beisitzer**Holger Bormann**

Wolfenbüttel

Geschäftsführender Gesellschafter

1997

Vorsitzender CDU Kreisverband Wolfenbüttel

Mittelstands-, Wirtschafts-, Familienpolitik

Kreisverband Wolfenbüttel

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:

derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:

Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:

vorgeschlagen durch:

Beisitzerin**Dorothea Dannehl**

Helmstedt

Fraktionsgeschäftsführerin

1986

Mitglied Hauptausschuss KPV, stellv. Landesvorsitzende

Niedersachsen Frauen Union,

Kommunale Finanzen, Soziales, Wirtschaftliche Entwicklung

im ländlichen Raum

Kreisverband Helmstedt

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:

derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:

Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:

vorgeschlagen durch:

Beisitzerin**Stefanie Hertrampf**

Bad Harzburg

Angestellte im öffentlichen Dienst bei der Bundesagentur für Arbeit

2018

Beisitzerin im Vorstand des CDU-KV Goslar, Beisitzerin im

Landesvorstand der MIT Braunschweig

Familien- und Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Ländlicher Raum

Kreisverband Goslar

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:

derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:

Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:

vorgeschlagen durch:

Beisitzerin**Susanne Herweg**

Bad Harzburg

Pensionärin

2008

Beisitzerin im Landesvorstand Braunschweig,

Kreisvorsitzende Frauen Union Goslar

Jugend-, Soziales-, Gleichstellungspolitik

Frauen Union LV BS

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:

derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:

Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:

vorgeschlagen durch:

Beisitzer**Mario Hoffmeister**

Goslar

Zentralbereichsleiter Kommunikation

1990

Vorsitzender CDU Stadtverband Goslar

Wirtschaft-, Tourismus-, Außenpolitik

Kreisverband Goslar

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:

derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:

Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:

vorgeschlagen durch:

Beisitzer**Marco Kelb**

Hötzum

Samtgemeindebürgermeister

1999

Beisitzer im Vorstand des CDU Landesverbandes
Braunschweig, stellvertretender Vorsitzender des CDU

Kreisverbandes Wolfenbüttel

Kommunalpolitik, Innenpolitik, Finanzpolitik

Kreisverband Wolfenbüttel

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:

derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:

Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:

vorgeschlagen durch:

Beisitzerin**Andrea Kempe**

Salzgitter - Osterlinde

Selbstständig, Landwirtschaftlicher Betrieb

2011

Mitglied der CDU Fraktion im Rat der Stadt Salzgitter

Industrie Standort Salzgitter, Ostfalia, Wasserstoffcluster

Region Braunschweig

Kreisverband Salzgitter

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:

derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:

Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:

vorgeschlagen durch:

Beisitzer**Ronald Matar**

Helmstedt

Student

2015

stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU Helmstedt,

Beisitzer im CDU Landesvorstand Braunschweig

Finanzpolitik, Bildungspolitik

Kreisverband Helmstedt

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:

derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:

Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:

vorgeschlagen durch:

Beisitzer**Julius Nießen**

Peine

Student

2015

Schriftführer KV Peine; Vorsitzender OV Vöhrum, Eixe,

Landwehr, Röhre

Kommunalpolitik, Infrastruktur, Jugendhilfe

Kreisverband Peine, Junge Union LV BS

Kandidatur als:**Name:**

Wohnort:

derzeitiger Beruf:

Mitglied der CDU seit:

Funktionen in der CDU:

Politische Schwerpunkte:

vorgeschlagen durch:

Beisitzer**Dr. Christoph Ponto**

Goslar - Hahndorf

Rechtsanwalt & Leiter des SoVD-Beratungszentrums Goslar

2008

Stellv. Vorsitzender CDU Stadtverband Goslar, Beisitzer im

CDU Landesvorstand Braunschweig

Familie & Soziales, Innere Sicherheit

Kreisverband Goslar

Personalvorschläge

zur Delegiertenwahl zum CDU-Bundesparteitag

Wahl von 10 Delegierten

- 1) Nico Bock (PE)
- 2) Ralph Bogisch (GS)
- 3) Veronika Bode MdL (HE)
- 4) Holger Bormann (WF)
- 5) Elena Brunke (GS)
- 6) Sarah Grabenhorst-Quidde (WF)
- 7) Carsten Müller MdB (BS)
- 8) Christoph Plett MdL (PE)
- 9) Maximilian Pohler (JU)
- 10) Kathleen Radeck (HE)
- 11) Sophie Ramdor MdL (BS)
- 12) Andreas Triebe (SZ)

Wahl von 10 Ersatzdelegierten

- 1) Tobias Breske (WF)
- 2) Dr. Alexander Börger (HE)
- 3) Luisa-Marie Heigl (BS)
- 4) Mario Hoffmeister (GS)
- 5) Julius Nießen (PE)
- 6) Sylvia Lange-Nosseck (SZ)
- 7) Claas Merfort (BS)
- 8) Marion Övermöhle-Mühlbach (PE)
- 9) Dr. Christoph Ponto (GS)
- 10) Christian Schwetje (WF)
- 11) Andreas Weber (HE)

Personalvorschläge

zur Delegiertenwahl zum CDU-Bundesausschuss

Wahl von 2 Delegierten

- 1) Carsten Müller MdB (BS)
- 2) Christoph Plett MdL (PE)

Wahl von 2 Ersatzdelegierten

- 1) Dr. Alexander Börger (HE)
- 2) Sarah Grabenhorst-Quidde (WF)

Personalvorschläge

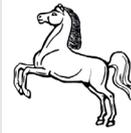
zur Delegiertenwahl zum Landesausschuss der CDU Niedersachsen

Wahl von 6 Delegierten

- 1) Veronika Bode MdL (HE)
- 2) Sarah Grabenhorst-Quidde (WF)
- 3) Susanne Herweg (GS/ FU)
- 4) Manuel Juhrs (SZ)
- 5) Christoph Plett MdL (PE)
- 6) Oliver Schatta (BS)

Wahl von 6 Ersatzdelegierten

- 1) Holger Bormann (WF)
- 2) Angelika Holbach (BS)
- 3) Andrea Kempe (SZ)
- 4) Carsten Lauenstein (PE)
- 5) Ronald Matar (HE)
- 6) Dr. Christoph Ponto (GS)



CDU LANDESVERBAND
BRAUNSCHWEIG

**Anträge zum
CDU-Landesparteitag
am 13.05.2023
in Wolfenbüttel**

S01 – Satzungsänderungsantrag

Landesvorstand CDU Landesverband Braunschweig

Die Satzung des CDU Landesverbandes Braunschweig wird in § 25 Punkt 1 ergänzt um:
„h) dem Digitalbeauftragten, der auch ein sonstiges gewähltes Mitglied des Landesvorstandes sein kann“

Begründung:

Lt. § 19 b (Digitalbeauftragter) des CDU-Bundesstatuts kann „die Kreismitgliederversammlung oder der Kreisparteitag oder sonst der Kreisvorstand den Digitalbeauftragten des Kreisverbandes bestimmen“.

Für den Landesverband ist dieser Vorstandsposten per CDU Bundesstatut nicht vorgesehen. Der Landesverband kann diese Vorstandsposition jedoch selbst einrichten.

Der Landesvorstand hat in seiner letzten Sitzung vom 12.04.2023 vorgeschlagen, den Vorstand um die Position des Digitalbeauftragten zu erweitern.

A01 – Denkmalrecht

CDU KV Goslar

5 Die CDU Fraktion im Landtag wird aufgefordert, sich für eine Neufassung des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetz auf Grundlage einer Aufgabenkritik, Zuständigkeitsprüfung und möglicher Verfahrenskürzung einzusetzen.

10 Ziel soll es sein, durch eine mögliche Übertragung von Aufgaben des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege auf die Unteren Denkmalschutzbehörden den Kommunen eine Vereinfachung, Beschleunigung und den aktuellen sowie regionalen Anforderungen angepasste Verfahrensweise zu erreichen.

15 Hierfür werden im Vorfeld der geplanten Rechtsänderung 5 Modellkommunen in Niedersachsen beauftragt, Gestaltungsrichtlinien, Maßnahmenkataloge und Merkblätter zur Verbesserung des Denkmalrechts zu entwickeln, Investoren, Bauherren und Handwerker sollen soweit möglich beteiligt werden.

Begründung:

20 Das Denkmalschutzgesetz hat seinen Ursprung 1979. Es wurde geringfügig mit Einzelnormen ergänzt.

25 Obgleich das Denkmalrecht bei Erhaltungsmaßnahmen seine Grenzen Verpflichteten in einer wirtschaftlich unzumutbaren Belastung definiert, zeigt sich in vielen Kommunen das aktuelle Denkmalschutzgesetz als Hindernis bei der Projektentwicklung, Sanierung oder Nutzungsänderung.

30 Neben Laufzeiten der Genehmigungsverfahren, etwa durch Benehmensherstellung oder Anfragen an die Fachaufsicht wird die fehlende Überprüfbarkeit und Nachvollziehbarkeit von denkmalrechtlichen Genehmigungen oder Ablehnungen kritisiert.

Vielerorts fehlt es an Regelungen zur Konkretisierung und Auslegung des Denkmalrechts angepasst an die örtlichen Bauvorschriften und Zielsetzungen.

35 Das Bewusstsein für die Erhaltung von Denkmälern wie auch die Ansprüche der Beteiligten haben sich erheblich verändert. Umweltschutz, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit erfordern einen veränderten Umgang bei der Bewertung.

A02 – Inflationsausgleich - Förderzusagen

CDU KV Goslar

40 Die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion sowie die Mitglieder der CDU-Bundestagsfraktion aus dem Landesverband werden angewiesen, sich für folgendes Anliegen einzusetzen:

45 Prozentuale und monetäre Förderzusagen seitens des Bundes und des Landes werden vom Tag der Zusage bis zum Tag der jeweiligen kommunalen Ausschreibungen um die Höhe der in diesem definierten Zeitraum gestiegenen Inflationsrate angepasst.

Begründung:

50 In der Regel ist es so, dass vom Zeitpunkt der Förderzusagen bis zum Tag der jeweiligen Ausschreibungen oftmals Jahre vergehen. In diesem Zeitraum können sich die Inflationsrate und auch die Baukosten erhöhen.

55 Demzufolge kann die Finanzierung des mit Förderzusagen belegten Projekts für die Kommune zu unverhältnismäßigen Mehrkosten führen und ggf. sogar die einer Aufhebung entsprechender Beschlüsse kommen. Die Projekte werden so nicht mehr umgesetzt, verschlechtern weiter Infrastruktur und sorgen für einen Vertrauensverlust zwischen Politik und Bevölkerung.

60 Beispielhaft seien für die Stadt Goslar aktuell die Förderungen für die Mehrzweckhallen in Hahndorf und Oker genannt. Von der in 2019 zugesagten Förderhöhe von 90 % sind wir bei beiden Projekten aufgrund der gestiegenen Baukosten derzeit bei einer Förderhöhe von unter 40 %. Die Differenz dieser Entwicklung verbleibt beim kommunalen Haushalt. Diesen Umstand gilt es zu heilen.

65

A03 – Wasserstoffregion Braunschweiger Land

CDU KV Goslar

70 **1. Der Landesvorstand setzt sich für die Bildung einer gemeinsamen Region „Wasserstoff-Verbund Region Braunschweig“ ein.**

2. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, das Projekt „Wasserstoff-Verbund Region Braunschweig“ zu fördern und mit weiteren Projekten aus dem Bereich in Niedersachsen zu vernetzen.

75 **Begründung:**

Wasserstoff ist eine Energiequelle der Zukunft. In vielen Bereichen im Braunschweiger Land sind hierzu einzelne Projekte und Vorhaben angestoßen oder geplant. Die entsprechenden Unternehmen gehen erheblich ins Risiko und in die Vorleistung.

80 Sie bedürfen der Unterstützung und Begleitung durch die politischen Vertreter und der Genehmigungsbehörden.

Um die Vorhaben zu beschleunigen, sind Informationen zu bündeln, Synergien zu nutzen und die Beteiligten zu vernetzen.

85

Hierfür setzt sich die CDU im Braunschweiger Land gemeinsam ein.

A04 – „49€ Ticket reicht nicht“ – Nahverkehr attraktiver machen

CDA Landesverband Braunschweig

90

Das Bundesverkehrsministerium und die Verkehrsministerien aller Bundesländer werden aufgefordert, den Öffentlichen Personennahverkehr generell attraktiver zu machen und dazu koordinierte Aktivitäten zu entfalten, die schnell erste Ergebnisse liefern (d.h. bis Ende 2023) und u.a. Folgendes behandeln:

95

-Regelungen für vergünstigte und nachvollziehbare Tickets bei verkehrsverbundübergreifenden Fahrten unterhalb der Ebene des 49 €-Tickets;

- Elektrifizierung von Bahnstrecken durch Oberleitungen und/oder Wasserstoffantrieb

- bessere und besser abgestimmte Taktungen gerade bei verkehrsverbundübergreifenden Verbindungen

100

- mehr Digitalisierung z.B. in Bezug auf Verspätung und/oder andere Abweichungen vom Regelverkehr

- Vorantreiben des zweigleisigen Ausbaus bisher eingleisiger Strecken oder zumindest des Baus von Ausweichstellen, die eine höhere Frequenz erlauben.

105

Dabei soll der Raum Braunschweig-Wolfsburg-Magdeburg-Nordhausen aufgrund der nahen Landesgrenze zu Sachsen-Anhalt und besonderen touristischen und industriellen Bedeutung bevorzugt als Erprobungsregion für neue Ansätze und beschleunigte Verwaltungsverfahren dienen. Die Region Magdeburg, Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter und Nordharz als ehemals zusammenhängende Industrie- und Wirtschaftsregion wurde über Jahrzehnte zerschnitten von der fürchterlichen ehemaligen Grenze quer durch Deutschland.

110

Dadurch wurden auch Teile der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur, vor allem auch des Schienennetzes zwischen dem niedersächsischem und dem sachsen-anhaltinischen Teil der Wirtschaftsregion zerstört.

115

Wegen der "Randlage im Grenzbereich" wurden beide Teile der Wirtschaftsregion sträflich von allen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, sowohl im Straßen- als auch im Schienenbereich verschont. Unsere Region hätte hier einen erheblichen Nachholbedarf, um dem Gebot einheitlicher Lebensbedingungen in Deutschland nachzukommen.

120

Deshalb fordern wir, dass sowohl für den schienen-, als auch für den straßengebundenen ÖPNV für unseren Raum erhebliche Zusatzmittel von beiden Ländern und der Bundesregierung bereitgestellt werden. Darüber hinaus sollte die Erprobung neuer Verkehrssysteme zur Verbesserung des ÖPNV in unserer Region als Kompensation für die bisherige Vernachlässigung des ehemaligen "Zonenrandgebietes" erfolgen.

125

130

Begründung:

Das 49 €-Ticket alleine reicht nicht - attraktiver ÖPNV ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch und gerade des Komforts.

135 **A05 – Geopark Braunschweiger Land – Harz – Ostfalen aufwerten**
CDA Landesverband Braunschweig

140 Die Verantwortlichen in Landesverwaltungen, Kommunalverwaltungen und Schulen werden aufgefordert, sicherzustellen, dass in Zukunft jedes Schulkind im Bereich des UNESCO Geoparks Braunschweiger Land – Harz – Ostfalen mindestens einmal im Bereich der Primarstufe und/oder Sekundarstufe 1 ein Angebot des Geoparks im Rahmen einer offiziellen Schulveranstaltung (Wandertag, Exkursion, Klassenfahrt, Projektwoche etc.) kennengelernt hat.

145 **Begründung:**

Der UNESCO Geopark Braunschweiger Land – Harz – Ostfalen ist der größte UNESCO Geopark weltweit und in einmaliger Weise geeignet, Natur- und Regionalgeschichte an unterschiedlichsten Orten erlebbar zu machen.

150 **A06 – Gedenkstätte Deutsche Teilung**
CDA Landesverband Braunschweig

155 Die Landesschulbehörde sowie alle Schulträger und Schulleitungen im Braunschweiger Land (d.h. Bereich des Regionalverbandes Großraum Braunschweig) sollen sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler wenigstens einmal im Bereich während der Sekundarstufe 1 und/oder 2 die Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn besichtigt haben.

160 **Begründung:**

Das Wissen um die Deutsche Teilung, die Drangsalierungen von Westdeutschen beim Transit, die Unterdrückung der ostdeutschen Bevölkerung durch das menschenverachtende System der DDR geht zunehmend verloren, weil die Erinnerungskultur nicht ausreichend gepflegt wird.

165 Die Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn bietet hervorragendes und tief bewegendes Anschauungsmaterial über die Unmenschlichkeit des DDR-Systems und des ihn tragenden "real existierenden Sozialismus", das gerade der jungen Generation nahegebracht werden muss.

170 **A07 – Pläne zur Kennzeichnung von Polizisten einstellen**
CDA Landesverband Braunschweig

175 Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, ihre Pläne zur individuellen Kennzeichnung von Polizisten umgehend einzustellen. Zugleich wird die CDU-Landtagsfraktion aufgefordert, einen Entschließungsantrag in den Niedersächsischen Landtag einzubringen, mit dem die niedersächsische Politik diese Kennzeichnungspflicht ablehnt und ihre uneingeschränkte Solidarität und Anerkennung für alle niedersächsischen Polizeibediensteten ausspricht.

180 **Begründung**

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) betonte in einer Stellungnahme zu den Regierungsplänen: "Uns sind bislang keine Fälle bekannt, in denen eine persönliche Identifizierung auf dieser [d.h. der bereits bestehenden rechtlichen] Grundlage nicht möglich war". Die Kennzeichnung der Einsatzkräfte auszuweiten, sei nicht notwendig. Die

185 GdP befürchtet, dass eine solche Pflicht "als Zeichen des Misstrauens in die
Polizeibeschäftigten gewertet wird" [1].

Deutliche Worte findet auch die Deutsche Polizeigewerkschaft: "Was wir brauchen?
Rückhalt und Unterstützung - Was wir bekommen? Den Tritt in den Rücken!" [2]

190 Die Arbeitsbedingungen der Polizeibeamten haben sich in den letzten Jahren stetig
verschlechtert. Die Polizei wird vielerorts nicht mehr als Organ wahrgenommen, vor dem
unbedingter Respekt und Gehorsam zu leisten ist, sondern als (zu bekämpfender) Gegner.
Mit Aktionen, die als Generalverdacht verstanden werden, erniedrigt und demütigt die
Landesregierung die niedersächsische Polizei in Zeiten, in denen sie mehr denn je
195 Unterstützung, Anerkennung, Ermutigung und Rückendeckung bräuchte.

Quellen:

[1] [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Niedersachsens-Polizisten-sollen-
bald-individuell-erkennbar-sein,kennzeichnungspflicht100.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Niedersachsens-Polizisten-sollen-bald-individuell-erkennbar-sein,kennzeichnungspflicht100.html) (abgerufen am
200 18.03.2023)

[2] [https://www.dpolg.org/aktuelles/news/was-wir-brauchen-rueckhalt-und-
unterstuetzung-was-wir-bekommen-den-tritt-in-den-ruecken/](https://www.dpolg.org/aktuelles/news/was-wir-brauchen-rueckhalt-und-unterstuetzung-was-wir-bekommen-den-tritt-in-den-ruecken/) (abgerufen am 19.03.202
205

A08 – Mindeststandards an Schulen gemäß Gerichtsurteil des Bundesverfassungsgerichtes. Inklusion darf kein Sparmodell sein! CDA Landesverband Braunschweig

210 Der Niedersächsische Landtag möge die vom Bundesverfassungsgericht (Urteil - 1 BvR
971/21-- 1 BvR 1069/21 - vom 19.11.2021) geforderten unverzichtbaren
Mindeststandards schulischer Bildung ausarbeiten und zügig umsetzen. Mit
Landtagsdrucksache 18/10745 zur Landtagseingabe 02830/11/18 wurden schon
215 Anregungen eingereicht, die aber im Hinblick auf künftige Herausforderungen nicht
ausreichen dürften.

Solange diese zu beschließenden Mindeststandards nicht an allen Schulen umgesetzt
sind, dürfen keine Schulformen mehr geschlossen werden. Zu den Mindeststandards
220 sollte selbstverständlicherweise ausreichend Personal gehören. Ferner müssen alle
Lehrerkräfte im Bereich Inklusion, die man ja umsetzen möchte, noch nachträglich
ausführlich geschult werden, wenn das Fach Inklusion im Lehramtsstudium nicht
unterrichtet wurde.

225 Wir sehen den Förderbedarfen, hier als Beispiel den Förderbedarf Lernen, die
Höchstförderung von drei Stunden pro Kind und Woche als zu gering an, weil die Kinder
an Förderschulen Lernen durch die bessere Betreuung eine effektiv erheblich höhere
Stundenzahl an Förderung erhalten. Für alle Förderbedarfe fordern wir höhere
Mindeststandards an Regelschulen, und zwar vergleichbar mit der effektiven Förderung
230 an Förderschulen. Inklusion darf kein Sparmodell sein!

Begründung:

siehe Antragstext, wird ggf. mündlich ergänzt.

235

A09 – Bildungszeit jetzt.

CDA Landesverband Braunschweig

240

Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, eine Gesetzesinitiative zur Einführung einer Bildungszeit nach dem Vorbild der Eltern- bzw. Familienpflegezeit auf den Weg zu bringen.

Begründung:

245

Arbeitsminister Heil hat kürzlich die Einführung einer Bildungszeit auf die lange Bank geschoben. Zur Behebung des Fachkräftemangels ist es aber wichtig, Interessierten die Möglichkeit einer Fortbildung und Weiterqualifizierung zu geben, ohne dass dies mit existenziellen Sorgen durch die Aufgabe einer Beschäftigung oder die Mehrfachbelastung durch eine berufsbegleitende Weiterqualifikation verbunden ist.

Wolfenbütteler Erklärung

1

2 Präambel

3 Die CDU im Braunschweiger Land will Wahlen gewinnen.

4 Wir werden Antworten geben auf die Alltagsorgen der Menschen und Lösungen für die
5 Zukunft aufzeigen. Es reicht nicht aus, dass die CDU als Partei des wohlhabenden
6 Mittelstandes wahrgenommen wird, sondern wir müssen breite Bevölkerungsschichten
7 ansprechen, auch Arbeiterinnen und Arbeiter.

8 Die CDU hat den Anspruch, als moderne Volkspartei der Mitte nicht nur die Interessen der
9 Wirtschaft zu vertreten, sondern sich auch für breite Bevölkerungsschichten einzusetzen
10 und soziale Aspekte zu berücksichtigen.

11 Wir verfolgen dabei den Grundsatz, Chancen und Möglichkeiten zu eröffnen, die Potentiale
12 der Menschen unserer Region zu nutzen und vertrauen in die Eigenverantwortung sowie die
13 Freiheit des Einzelnen. Maßstab unseres Handelns ist es, die aktuellen Entwicklungen aus
14 Krieg, Krisen sowie deren Folgen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft zu berücksichtigen
15 und einen verlässlichen Rahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu setzen.

16 Hierfür brauchen wir Akteure, die mit Herz, Verstand und Weitblick CDU-Positionen in die
17 Bevölkerung tragen und für unsere Forderungen werben.

18 **1. Der Energiepreis für die Industrie muss gesenkt werden**

19 Die Bundesrepublik Deutschland ist durch die hohe Wertschöpfung durch das große
20 Engagement und der Flexibilität der Unternehmen gut durch die vergangenen Krisen
21 gekommen.

22 Dies ist für uns Auftrag, die Industriepotenziale in der Braunschweiger Region zu erhalten
23 und auszubauen.

24 Hierzu benötigen wir einen Industriestrompreis, der unsere Industrie in die Lage versetzt,
25 wettbewerbsfähig zu sein.

26 Dies sichert tarifgebundene Arbeitsplätze, die den Menschen soziale und finanzielle
27 Sicherheit garantiert und eine klimafreundliche Transformation unserer Industrie.

28 Um zeitnah und wirksam die Unternehmen zu unterstützen, muss die Differenz zwischen
29 dem Stromauktionspreis und dem -vertragspreis die öffentliche Hand tragen. Aber dies darf
30 nicht auf Dauer sein, denn am Ende müssen auch wieder marktwirtschaftliche Mechanismen
31 greifen.

32 **2. Ein Medizinstudiengang an der Technischen Universität Braunschweig muss 33 eingerichtet werden**

34 Die Region braucht in der Zukunft gut ausgebildete Mediziner und Medizinerinnen.

35 Diese gewährleisten eine gute ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung, orientiert
36 an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, gerade auch für den ländlichen Raum.

37 Der zukünftige Mangel an Medizinern ergibt sich aus folgenden Zahlen:

38 Im Wintersemester 2021/22 gab es insgesamt 745 niedersächsische Studienanfänger in der
39 Humanmedizin. Dies reicht bei Weitem nicht aus. Nach Angaben der Ärztekammer gehen
40 in Niedersachsen jedes Jahr 1000 Ärztinnen und Ärzte in den Ruhestand.

41 Durch einen Medizinstudiengang in Braunschweig kann die Anzahl der Absolventen erhöht
42 werden und ein Magneteffekt für die Braunschweiger Region erreicht werden.

43 Deshalb setzen wir uns für die Ansiedlung eines Medizinstudienganges an der Technischen
44 Universität (TU) Braunschweig ein. Bestehende Studiengänge, wie Pharmazie,
45 Medizintechnik und Biotechnologie bieten dafür ein gutes Umfeld.

46 **3. Wissenschaft bedeutet Zukunft für das Braunschweiger Land**

47 Die TU Braunschweig muss Exzellenzuniversität werden.

48 Dies sichert den hohen wissenschaftlichen Anspruch der Region und lädt führende Köpfe
49 der Wissenschaft in die Region ein.

50 Es ist weiterhin unerlässlich, dass wir das Braunschweiger Land als Energieregion der
51 Zukunft etablieren und dabei aktuelle technologische Entwicklungen im Blick behalten.

52 Die laserindizierte Kernfusion bietet das Potenzial für eine weltweit und jederzeit
53 verfügbare, sichere und günstige Energieversorgung.

54 Hohe Kompetenzen in Bezug auf Kernphysik sind unter anderem durch die Physikalisch-
55 Technische Bundesanstalt (PTB), Technische Universität Braunschweig (TU), Bundesamt für
56 Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter und die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) in
57 Peine seit Jahrzehnten im Braunschweiger Land ansässig.

58 Dazu kommt die in den letzten Dekaden unter anderem an den Technischen Universitäten
59 Braunschweig und Clausthal aufgebaute Laserkompetenz und mehrere Standorte wie
60 Mehrum oder Buschhaus mit einer bereits existierenden hervorragenden Anbindung an das
61 Stromnetz.

62 Daher ist das Braunschweiger Land der ideale Standort für ein neues Forschungsinstitut für
63 laserindizierte Kernfusionsforschung. Es ist zwingend geboten, dass Mittel für die
64 Förderung der Kernfusionsforschung im Niedersächsischen Landeshaushalt eingestellt
65 werden.

66 **4. Wasserstoffnetzwerk**

67 Mit den vielfältigen Wasserstoffinitiativen in der Region, z.B. dem Wasserstoff-Campus in
68 Salzgitter, der Fest AG in Goslar und Clausthal-Zellerfeld, dem Wasserstoffnetzwerk
69 Landkreis Goslar und den Aktivitäten in Helmstedt zur Gewinnung von grünem Wasserstoff
70 besteht die Chance, ein Verbundnetzwerk Wasserstofftechnologie zu schaffen und für die
71 Region Braunschweig dauerhaft zu etablieren.

72 Gerade hier ist der gesamte Prozess, von der klimaneutralen Erzeugung, über den Transport,
73 bis hin zum Verbrauch in einem lokalen Verbund darstellbar. Hierzu bedarf es eines
74 einheitlichen Auftritts unserer Region, insbesondere im Hinblick auf die Akquirierung von

75 Fördermitteln. Ein koordiniertes Vorgehen ist zwingend geboten und muss institutionell
76 sichtbar werden. Wir setzen uns daher für die Gründung einer Task-Force
77 "Wasserstoffnetzwerk Region Braunschweiger Land" ein.

78 **5. Musikakademie**

79 Neben den zahlreichen kulturellen Einrichtungen ist die Landesmusikakademie in
80 Wolfenbüttel eine herausragende Akteurin für die Musikkultur in Niedersachsen und dies
81 muss für die Zukunft gefestigt werden.

82 Die 2009 eröffnete Akademie gehört zu den kulturellen Akteuren in der Braunschweiger
83 Region, die weit über Wolfenbüttel hinaus von Bedeutung ist.

84 Die Zusammenarbeit zwischen Landesmusikakademie, Landesmusikrat und
85 Landesregierung hat sich im Grundsatz bewährt, bedarf aber einer Überarbeitung. Schon
86 seit Jahren gibt es Probleme bei der Finanzierung und Unklarheiten bei den Zuständigkeiten.

87 Diese Probleme müssen beseitigt werden und hierfür werden wir uns einsetzen.

88 **6. Moderne Verkehrsinfrastruktur – der Wasserstoffzug muss auch in unserer Region** 89 **fahren**

90 Eine intakte Infrastruktur ist das Grundgerüst einer funktionierenden Wirtschaft.
91 Bauvorhaben der Infrastruktur dauern in Niedersachsen und ganz Deutschland deutlich zu
92 lange, das muss sich ändern. Das Grundprinzip neuer Verträge mit Bauunternehmen muss
93 lauten: Je schneller ein Bauprojekt abgeschlossen ist, desto besser die Bezahlung – und
94 umgekehrt.

95 Wir bekennen uns zu geplanten oder im Bau befindlichen Bauvorhaben wie der Weddeler
96 Schleife, deren zweispuriger Ausbau die Schienenverbindung zwischen Braunschweig und
97 Wolfsburg endlich auf zeitgemäßes Niveau heben wird, und der A 39, die unsere Region mit
98 dem Großraum Hamburg verbindet, sowie der B6 und dem Stichkanal Salzgitter /
99 Mittellandkanal. Für die Menschen und die Betriebe in unserer Region sind diese Projekte
100 unerlässlich.

101 Wir wollen den Umstieg der Menschen auf eine klimaneutrale Mobilität ohne Verbote mit
102 Anreizen unterstützen. Für eine funktionierende Elektromobilität ist eine flächendeckende
103 Ladeinfrastruktur und dem damit verbundenen Netzausbau dabei unerlässlich. Unser Ziel
104 muss es sein, dass es an den Anschlussstellen der Autobahnen und auf jeder Raststätte
105 unserer Region eine ausreichende Anzahl von Schnellladestationen gibt. Hierauf muss mit
106 den großen Anbietern von Ladestationen in Deutschland hingearbeitet werden. Um die
107 Ladeinfrastruktur im Privaten schneller ausbauen zu können und eine weitere große Hürde
108 bei der Anschaffung oder beim Leasing eines Elektrofahrzeuges abzubauen, fordern wir, bis
109 zu 70 Prozent der Gesamtkosten für Anschaffung und Installation einer privaten Wallbox
110 steuerlich absetzbar zu machen.

111 In der künftigen Modellregion für Wasserstoff muss der flächendeckende Einsatz von
112 Wasserstoffzügen im Braunschweiger Land eine Selbstverständlichkeit werden und es muss

113 der Einstieg in eine Sektorenkopplung von Verkehr, Industrie und Energiewirtschaft damit
114 einhergehen.

115 Ferner unterstützen wir Forschungsaktivitäten am Forschungsflughafen Braunschweig-
116 Wolfsburg auf Wasserstoffbasis.

117 **7. Standortvergleich für das Zwischenlager für den Atommüll aus der Asse**

118 Wir treten für eine schnelle und sichere Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage
119 Asse 2 im Landkreis Wolfenbüttel ein.

120 Der Rückholprozess muss unter steter Berücksichtigung der Belange der in den
121 umliegenden Orten betroffenen Bevölkerung geplant und vollzogen werden.

122 Bundesumweltministerium und Betreibergesellschaft BGE haben entschieden, das
123 Zwischenlager für den aus der Schachtanlage rückzuholenden Atommüll unmittelbar auf
124 der Asse zu errichten. Der Standort liegt in direkter Nachbarschaft zu einem FFH-Gebiet
125 und in weniger als 1,5 Kilometer Entfernung zu den nächstgelegenen Ortschaften. Die
126 Zwischenlagerung erfolgt bis zur Inbetriebnahme eines Endlagers, womit nach derzeitigen
127 Schätzungen erst in bis zu 50 Jahren zu rechnen ist.

128 Dies Standortentscheidung erfolgte ohne Prüfung und Vergleich mit in weiterer Entfernung
129 von der Asse gelegener potenzieller Standorte. Dies war ein Fehler!

130 Wir fordern die Bundesumweltministerin auf, die Betreibergesellschaft anzuweisen, neben
131 den Asse-nahen Standorten auch Asse-ferne Standorte für die Zwischenlagerung des aus
132 der Asse zu bergenden Atommülls zu untersuchen.

133 Ferner fordern wir die Bundesumweltministerin auf, die Schachtanlage Asse 2 endlich
134 aufzusuchen und den Menschen aus den benachbarten Ortschaften Rede und Antwort zu
135 stehen.

136 **8. Ganztagsbetreuung in den Grundschulen endlich umsetzen**

137 Wir begrüßen die Schaffung eines Rechtsanspruchs durch Bund und Länder auf
138 Ganztagsbeschulung in den Grundschulen ab dem Schuljahr 2026/2027 ausdrücklich. Dies
139 darf aber nicht auf dem Rücken und einseitig zu Lasten der Kommunen ausgetragen werden.

140 Die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern liegt vor, jedoch sind die
141 notwendigen landesinternen Regelungen bisher nicht einmal im Entwurf erkennbar. Damit
142 können die bereitgestellten Mittel des Bundes von den Kommunen nicht abgerufen werden.

143 Mittel, die den landesseitigen Eigenanteil abbilden, wurden im Niedersächsischen
144 Doppelhaushalt 2022/2023 zudem nicht bereitgestellt.

145 Gleichzeitig verstreicht die Zeit, die Kommunen dringend benötigen, um die Planung zur
146 Realisierung der notwendigen baulichen Voraussetzungen, die bis 01.08.2026 bezugsfertig
147 sein müssen, ins Werk zu setzen.

148 Beginnen die Kommunen jedoch jetzt mit den Planungen, so setzen sie aufgrund eines
149 vorzeitigen Maßnahmenbeginns die Fördergelder aufs Spiel.

150 Wir fordern die Niedersächsische Landesregierung auf, schnellstmöglich ein
151 bürokratiearmes Verfahren zur Ausschüttung der Bundes- und Landesfördergelder zum
152 Ausbau der Ganztagsangebote in Grundschulen auch für unsere Region festzulegen.

153 Wir erwarten im Rahmen der Konnexität zudem eine landesseitige auskömmliche
154 Übernahme der Betriebskosten für Ganztagsangebote in den Grundschulen.

155 **9. Landwirtschaft**

156 Die landwirtschaftlichen Betriebe stehen unter einem erheblichen Veränderungs- und
157 Anpassungsdruck, welcher durch gesellschaftliche Anforderungen an die
158 Nahrungsmittelproduktion und das Tierwohl, aber auch einer überbordenden
159 Umweltschutzpolitik bedingt ist. Insgesamt steigt der Druck auf unsere
160 landwirtschaftlichen Familienbetriebe und macht die Luft zum Atmen immer dünner.

161 Den veränderten Herausforderungen in der Landwirtschaft müssen wir Rechnung tragen.
162 Spätestens seit der Corona-Krise und dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf
163 die Ukraine wissen wir, unsere Landwirte garantieren unser aller Ernährungssicherheit – mit
164 qualitativ hochwertigen Produkten und einer einzigartig nachhaltigen und transparenten
165 Versorgungskette.

166 Wir fordern, die Roten Gebiete unter dem Gesichtspunkt des Verursacherprinzips
167 zurückzuführen. Eine Vorverurteilung unserer Landwirtschaft ohne wissenschaftlichen
168 Beleg darf nicht stattfinden.

169 Wir wollen den eingeschlagenen Niedersächsischen Weg mit den Landwirten und Akteuren
170 des Natur- und Umweltschutzes weiterverfolgen. Dieses Konzept kann uns auch in weiteren
171 Diskussionen zwischen den Bedürfnissen des Klima- und Umweltschutzes und der
172 Landwirtschaft als Lösungsweg dienen.

173 Wir wollen es ermöglichen, Wölfe unbürokratisch aus dem Bestand zu entnehmen. Ein
174 Wolfsmonitoring und aktives Wolfsmanagement für das Braunschweiger Land streben wir
175 an.

176 **10. Umstellung unserer Energieerzeugung**

177 Der Umwelt- und Naturschutz, insbesondere aber auch der Klimaschutz, werden die
178 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Um das 1,5 Grad-Ziel einzuhalten und den
179 Klimawandel so gut wie möglich in Grenzen zu halten, sehen wir auch das Land
180 Niedersachsen in der Verantwortung, effektive Maßnahmen einzuleiten.

181 Zuvorderst bekennen wir uns dabei zu einer schnellen Umstellung unserer
182 Energieversorgung. Gerade für das Braunschweiger Land bieten sich bei der Umstellung
183 unserer Energieversorgung auf erneuerbare Energien große Chancen. Als eine im deutschen
184 Vergleich wind- und sonnenreiche Region bieten sich bei uns Chancen, durch die Errichtung
185 zusätzlicher Flächen für die Gewinnung von Wind- und Sonnenenergie weitere
186 Wertschöpfung und durch die Nähe zur Energieerzeugung perspektivisch auch weitere
187 Industrie und Wertschöpfungsketten anzuziehen. Die Elektrifizierung industrieller
188 Produktionsprozesse bietet darüber hinaus, neben der Umstellung in der Erzeugung des

189 schon heute benötigten elektrischen Stroms, im Bereich der Industrie große Potenziale zur
190 Einsparung von Treibhausgasemissionen. Wir fordern daher, alle öffentlichen Flächen und
191 Dächer, an denen dies wirtschaftlich sinnvoll ist, mit Photovoltaikanlagen auszurüsten.

192 Darüber hinaus müssen bürokratische Hürden abgebaut und Planungsverfahren deutlich
193 vereinfacht und beschleunigt werden. Ziel muss es sein, ein ausgewogenes Gleichgewicht
194 zwischen den Erfordernissen der Windenergie, den Ansprüchen des Umwelt- und
195 Landschaftsschutzes und den Bedürfnissen der Menschen nach Wohn- und Lebensqualität
196 zu schaffen.

197 **11. Innere Sicherheit und Justiz – OLG-Standort festigen**

198 Die CDU ist und bleibt die Partei der inneren Sicherheit. Es ist eine der wesentlichen
199 Aufgaben des Staates, die Sicherheit der eigenen Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

200 Im Braunschweiger Land, insbesondere in Peine und Salzgitter, ist in den vergangenen
201 Jahren besonders die Clan-Kriminalität vermehrt als Problem sichtbar geworden. Mit der
202 Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bekämpfung der Clan-Kriminalität
203 hat unsere ehemalige Justizministerin Barbara Havliza (CDU) in den vergangenen Jahren
204 den richtigen Weg eingeschlagen, die Clan-Kriminalität wird erkennbar zurückgedrängt.
205 Aus unserer Sicht bedarf es eines weiteren Ausbaus der vorhandenen
206 Schwerpunktstaatsanwaltschaften, um kriminelle Clans noch gründlicher zu verfolgen, um
207 jegliches kriminell erlangtes Vermögen einzuziehen zu können. Das Ziel muss lauten:
208 Niedersachsen und das Braunschweiger Land für kriminelle Clans finanziell so unattraktiv
209 zu machen, dass die kriminellen Aktivitäten mangels Erfolgsaussicht von selbst eingestellt
210 werden. Kommunen und Land müssen Hand in Hand arbeiten nach dem Vorbild des
211 Räderwerkes im Heidekreis.

212 Möglichkeiten der Prävention müssen konsequent ausgeschöpft werden. Dazu gehört nach
213 unserer Ansicht eine verstärkte Aufklärungsarbeit an Schulen und das Aufsetzen eines
214 Aussteigerprogramms, um Personen den Ausstieg aus der organisierten Kriminalität zu
215 erleichtern.

216 Darüber hinaus fordern wir einen stärkeren Fokus auf die Arbeitsbedingungen in Polizei und
217 Justiz. Die Polizei bildet das Rückgrat unserer öffentlichen Ordnung und Sicherheit und
218 muss in ihrer Ausstattung leider an vielen Stellen noch ins 21. Jahrhundert geholt werden.
219 Es bedarf dringender und gründlicher Investitionen des Landes in zahlreiche Liegenschaften
220 der Polizei in unserer Region, um endlich moderne Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.
221 Darüber hinaus wollen wir den Blick auch auf die Ausrüstung und Bezahlung unserer Polizei
222 werfen. Dass die Polizei in Niedersachsen in ihrer Bezahlung im deutschlandweiten
223 Vergleich fast an unterster Stelle kommt, ist ein untragbarer Zustand. Wir fordern, dies in
224 den kommenden fünf Jahren zu ändern und Ausrüstung sowie Bezahlung der Polizei endlich
225 auf ein angemessenes Level zu bringen.

226 Im Rahmen der Ausweitung des Standortes Braunschweig der Landesaufnahmebehörde
227 Niedersachsen (LAB) sind auch die Kapazitäten der zuständigen Polizeikommissariate
228 anzupassen, um den Schutz der Einrichtung und Bewohner bestmöglich zu gewährleisten.

229 Für eine effektive Strafverfolgung braucht es auch eine schlagkräftige Justiz. Das
230 Oberlandesgericht Braunschweig bildet dabei eine der drei Säulen für ganz Niedersachsen
231 und muss nicht nur erhalten, sondern zusätzlich gestärkt werden. Das Land ist in der
232 Verantwortung, zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte zu finanzieren, um auch
233 im Sinne einer zügigen Abschreckung schnelle Verfahren zu ermöglichen. Das
234 Rechtsinstrument des beschleunigten Verfahrens bei Delikten mit geringerer
235 Strafbewehrung muss im Bereich der Massenkriminalität angewendet werden, um die Justiz
236 und Ermittlungsbehörden zu entlasten und die Strafe auf dem Fuße folgen zu lassen.

237 Der Rechtsstaat muss wehrhaft und schlagkräftig bleiben. Kriminalität darf keine Chance
238 haben, Polizei und Justiz verdienen gute Arbeitsbedingungen.

239 **12. Sozialer Wohnraum, Bezahlbarer Wohnungsbau**

240 Wir setzen uns für bezahlbaren Wohnraum im Braunschweiger Land ein. Wir wollen dabei
241 dem Trend, Wohnraum für alternative Nutzungen umzuwidmen, entgegenwirken. Den
242 aktuellen erhöhten (energetischen wie rechtlichen) Bauanforderungen muss Rechnung
243 getragen werden.

244 Hierfür fordern wir die Einführung eines niedersächsischen Baukindergeldes, die weitere
245 Förderung des Wohnungsbaus über die N-Bank sowie eine Offensive zur Unterstützung der
246 kommunalen wie privaten Wohnungsbaugesellschaften.